



AUSGABE 119
April 2013

ANALYSEN & ARGUMENTE

Spaltpilz im Bündnis: Neue Mitglieder für die NATO?

Patrick Keller

Mazedonien, Montenegro und Bosnien-Herzegowina befinden sich in einem Prozess, der sie in die NATO führen soll („Membership Action Plan“); Georgien und der Ukraine wurde 2008 die Mitgliedschaft zu einem unbestimmten Zeitpunkt versprochen. Allerdings herrscht über die Erweiterungspolitik tief greifende Uneinigkeit im Bündnis. Kein anderes Thema – Afghanistan-Einsatz, Smart Defense, Raketenabwehr – erzeugt solch leidenschaftlichen Dissens unter den Alliierten: Sollen überhaupt neue Mitglieder aufgenommen werden? Und wenn ja, wann und wer? Über diese Fragen spaltet sich die NATO in Befürworter und Bremser, Deutschland zählt zu letzteren. Dieses Papier stellt die Argumente und die Konfliktlinien der Erweiterungsdebatte vor und empfiehlt, den Streit durch beidseitige Zugeständnisse zu entschärfen.

Ansprechpartner in der Konrad-Adenauer-Stiftung

Dr. Patrick Keller
Koordinator Außen- und Sicherheitspolitik
Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit
Telefon: +49(0)30 2 69 96-35 10
E-Mail: patrick.keller@kas.de

Postanschrift

Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

www.kas.de
publikationen@kas.de

ISBN 978-3-944015-57-6



Konrad
Adenauer
Stiftung



INHALT

3 | I. DIE SITUATION

4 | II. DIE ARGUMENTE

5 | III. DIE EMPFEHLUNGEN



I. DIE SITUATION

Die Geschichte der NATO lässt sich auch als Geschichte ihrer Erweiterung erzählen. Von zwölf Gründungsmitgliedern ist die Allianz inzwischen auf 28 Verbündete angewachsen. Schon während des Ost-West-Konflikts sind Griechenland und die Türkei (1952), die Bundesrepublik Deutschland (1955) und Spanien (1982) aufgenommen worden. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des Ostblocks entstand zusätzliche Dynamik: „Neue“ marktwirtschaftliche Demokratien suchten und fanden den Schutz der Beistandsgarantie nach Art. V des NATO-Vertrages. 1999, zum fünfzigsten Geburtstag der Allianz, traten Polen, Tschechien und Ungarn bei, 2004 folgten Bulgarien, Rumänien, Slowenien, Slowakei, Estland, Lettland und Litauen, zuletzt 2009 Albanien und Kroatien.

Die Aufnahme dieser Staaten erfolgte gemäß Art. X des NATO-Vertrages, wonach jeder europäische Staat Mitglied der NATO werden kann, sofern er die Prinzipien des Bündnisses teilt, zur Sicherheit der nordatlantischen Region beiträgt und sein Beitritts-gesuch die einstimmige Unterstützung der Mitgliedstaaten erfährt. Dem entsprechend geschah die Erweiterung des Bündnisses, insbesondere seit den 1990er Jahren, auf Betreiben der Aspiranten, nicht auf Druck der NATO selbst. Daher sprechen manche Beobachter lieber von der „Aufnahme neuer Mitglieder“ als von der „Erweiterung“ oder gar „Expansion“ des Bündnisses. Die Institution NATO verfolgt nicht primär das Ziel der territorialen Erweiterung, sondern kommt Sicherheitsinteressen souveräner demokratischer Staaten entgegen – auch wenn, insbesondere aus russischer Perspektive, das Ergebnis das gleiche ist.

Gegenwärtig klopfen vor allem drei Staaten an die Tür der NATO: Mazedonien, Bosnien-Herzegowina und Montenegro. Diese drei verfügen über einen *Membership Action Plan* (MAP). Dieser Mechanismus dient dazu, die Fortschritte der Aspiranten anhand von jährlichen Berichten und fünf Kriterien – zum Beispiel demokratische Kontrolle der Streitkräfte, Höhe der Verteidigungsausgaben, Achtung rechtsstaatlicher Prinzipien – zu überprüfen und so die Voraussetzungen für einen Beitritt zu schaffen.

Auch Georgien strebt mit Nachdruck einen MAP und die Mitgliedschaft an; bis zum Regierungswechsel 2010 galt dies auch für die Ukraine. Ungeachtet seiner Annäherung an Russland setzt Georgiens neugewählter Präsident Iwanischwili hingegen in der Frage der NATO-Mitgliedschaft auf Kontinuität. Sowohl Georgien als auch der Ukraine ist auf dem NATO-Gipfel 2008 in Bukarest in einer für das Bündnis ungewöhnlich eindeutig formulierten Erklärung die Mitgliedschaft zugesichert worden – allerdings zu einem noch unbestimmten Zeitpunkt. Diese unaufgelöste Spannung belastet

seitdem die NATO selbst ebenso wie ihr Verhältnis zu den beiden Staaten.

Ferner denken Strategen über den etwaigen Beitritt der „restlichen“ Staaten auf dem Balkan nach. Allerdings ist aufgrund innen- wie außenpolitischer Probleme eine Perspektive für Serbien und das Kosovo bestenfalls Zukunftsmusik. Unwahrscheinlich erscheint derzeit ebenso eine Erweiterung der NATO in Richtung Norden: Schweden befindet sich in einer seit den 1990er Jahren stetig intensivierten Partnerschaft mit dem Bündnis, bleibt aber vorerst bei seiner Entscheidung von 1949, kein Mitglied werden zu wollen.

Wenn heute über die Erweiterung der NATO diskutiert wird, geht es also konkret um Mazedonien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro und Georgien. Vereinfacht gesagt, stehen die USA, Kanada, Großbritannien, die Türkei und die Mitgliedstaaten in Mittel- und Osteuropa diesen Bewerbungen positiv gegenüber, während west- und südeuropäische Mitgliedstaaten, vor allem Frankreich, Deutschland, die Niederlande, Spanien und Italien, Bedenken vortragen (die sich je nach Mitglied und Kandidat in Akzentuierung und Intensität unterscheiden).

In den kommenden Monaten ist eine Zuspitzung dieses Konfliktes zu erwarten. Schon am Rande des letzten NATO-Gipfels in Chicago im Mai 2012 forderten verschiedene osteuropäische Außenminister, wie z.B. Lettlands Edgars Rinkevics, dass der nächste Gipfel ein „Erweiterungs-Gipfel“ sein müsse. US-Außenministerin Hillary Clinton ging sogar so weit, dass Chicago der „letzte Gipfel sein sollte, der kein Erweiterungs-Gipfel ist“ – sich also *alle* zukünftigen NATO-Gipfel mit der Erweiterung befassen sollen. Auch der neue Außenminister John Kerry ist als Senator ein Befürworter der NATO-Erweiterung um die derzeit in Frage kommenden Staaten gewesen. Es ist daher davon auszugehen, dass „Erweiterung“ zu einem zentralen Thema des nächsten NATO-Gipfels wird, der für 2014 geplant ist. Manche Beobachter fürchten sogar, dass noch dieses Jahr ein protokollarischer Gipfel zu diesem Thema herbeigeführt wird, zum Beispiel durch einen Besuch Präsident Obamas in Brüssel im Umfeld des G-8-Treffens am 13./14. Juni in Nordirland.

Es droht also ein offener Streit unter den NATO-Mitgliedern, der Berichten über mangelnden politischen Zusammenhalt im Bündnis neue Nahrung geben würde. Schon jetzt klagen NATO-Diplomaten darüber, dass der unterschwellige Streit über die Erweiterung Risse durch die Allianz zieht, welche die tägliche Arbeit an den eigentlich drängenden Aufgaben – von der Stabilisierung Afghanistans bei Übergabe der militärischen Verantwortung bis zur besseren Koordination der Beschaffung und Nutzung militärischer Fähigkeiten innerhalb der NATO – behindern. Es gilt also, Argumente der Befür-



worter und Gegner der NATO-Erweiterung zu analysieren und Möglichkeiten zur Entschärfung des Streits aufzuzeigen.

II. DIE ARGUMENTE

Gegen die zügige Aufnahme neuer Mitglieder werden im Wesentlichen sechs Argumente ins Feld geführt.

Erstens soll die NATO-Mitgliedschaft nicht nur dem Beitretenden nutzen, sondern muss auch die Allianz insgesamt stärken – oder darf sie zumindest nicht schwächen. Der ehemalige NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer hat das auf die griffige Formel gebracht, für das Bündnis müsse ein neues Mitglied „added value, not added problems“ bedeuten. Es wird bezweifelt, dass dies bei Staaten wie Montenegro und Georgien der Fall ist.

Zweitens bestehen bei allen vier Aspiranten spezifische Probleme, die derzeit einer Aufnahme in die NATO entgegenstehen. Mazedoniens eigentlich schon für 2009 geplanter Beitritt scheitert immer noch am ungelösten Streit über den Namen der ehemaligen jugoslawischen Republik, der von Griechenland, das über eine Region Mazedonien verfügt, aus innenpolitischen Gründen nicht akzeptiert wird. Montenegro hat bei der Bekämpfung der Korruption und dem Ausbau des Rechtsstaats nach Ansicht zahlreicher Beobachter noch nicht genügend Fortschritte gemacht. Bosnien-Herzegowina hat die Auflage noch nicht erfüllt, alle militärisch genutzten Liegenschaften als Staatsbesitz dem Verteidigungsministerium zu unterstellen. Dieses Verwaltungsversagen verweist auf die politische Spaltung des Staates – und unterstreicht, dass das Interesse an einem NATO-Beitritt in der Republika Srpska nicht sehr verbreitet ist. In Georgien schließlich bestehen, spätestens seit Russland nach dem Krieg im August 2008 die von Georgien beanspruchten Gebiete Abchasien und Südossetien als unabhängig anerkannt (und dort Militär stationiert) hat, ungelöste Territorialkonflikte. Eine Aufnahme Georgiens würde daher die NATO noch stärker als ohnehin schon in direkten Konflikt mit Russland bringen.

Drittens muss der Kern der Allianz, die Beistandsgarantie nach Artikel V des NATO-Vertrages, glaubwürdig bleiben. Sind die NATO-Staaten bereit, für die Sicherheit und Unversehrtheit einzelner Bündnispartner im Notfall in den Krieg zu ziehen – also das Leben eigener Bürger zu riskieren und die Konfrontation mit Drittstaaten in Kauf zu nehmen? Sollten an dieser Bereitschaft Zweifel bestehen, funktioniert das wichtigste Prinzip westlicher Sicherheit, die Abschreckung, nicht mehr. Das Ergebnis wäre nicht mehr, sondern weniger Sicherheit für alle, denn Zweifel an der Verlässlichkeit der Beistandsgarantie provozieren Konflikte. Es wird befürchtet, dass die Bereitschaft der NATO-Staaten, für die Sicherheit

peripherer Staaten wie Georgien auf diese Weise einzutreten, nicht glaubwürdig vermittelt werden kann – sofern sie überhaupt existiert.

Viertens nimmt mit jedem weiteren Mitglied, zumindest theoretisch, die Steuerungsfähigkeit der Allianz ab, die in allen maßgeblichen Fragen nach dem Einstimmigkeitsprinzip funktioniert. Neue Mitglieder bedeuten auch immer mehr bürokratischen Aufwand, kompliziertere Entscheidungsprozesse und die höhere Wahrscheinlichkeit von Blockade durch einzelne Vetos.

Fünftens ist die Erweiterungsfrage auch immer eine Belastung für das Verhältnis der NATO und des Westens insgesamt zu Russland. Seit jeher werden russische Strategen von Einkreisungsängsten geplagt. Unter Präsident Putins Führung versteht Russland die Erweiterung der NATO daher nicht als partnerschaftliche und friedfertige Konsolidierung des liberalen Europa, sondern als Eindringen in die russische Einflussosphäre und als militärische Bedrohung. Angesichts der welt-, energie- und wirtschaftspolitischen Bedeutung Russlands ist die Frage zu stellen, ob die Aufnahme vergleichsweise marginaler Staaten in die NATO den Preis der russischen Brückierung wert ist.

Sechstens werden die Erfahrungen mit den seit 1999 hinzugekommenen Mitgliedern nicht nur positiv bewertet. Manche der neuen Mitglieder sind inzwischen wieder hinter die Leistungen zurückgefallen, die sie zur Erfüllung der Beitrittskriterien erbracht haben. Auch waren die Beiträge der meisten Neumitglieder zu wesentlichen NATO-Aktivitäten wie die ISAF-Mission in Afghanistan so gering, dass sie eigentlich irrelevant – oder aufgrund ihrer notwendigen institutionellen Einbindung sogar hinderlich – waren. Es besteht die Befürchtung, dass die von gutem Willen getriebene Aufnahme eigentlich „unreifer“ Mitglieder die NATO sicherheitspolitisch auf lange Sicht vor ähnliche Probleme stellt, wie sie die Europäische Union derzeit haushaltspolitisch erlebt.

Die Befürworter einer zügigen Aufnahme neuer Mitglieder in die NATO stützen sich im Wesentlichen auf drei Argumente.

Erstens ist die Aufnahme weiterer Staaten ein Akt westlicher und innereuropäischer Solidarität. Wer den Beitritt anstrebt und die Aufnahmekriterien im Wesentlichen erfüllt, dem soll – gerade aus Sicht der mittel- und osteuropäischen NATO-Mitglieder – nicht verweigert werden, was anderen ermöglicht wurde. Die Erweiterung um die vier Aspiranten ist politisch konsequent und wird der moralischen Verpflichtung zur Unterstützung der sich entwickelnden marktwirtschaftlichen Demokratien Europas gerecht.



Zweitens fördert die Erweiterung der NATO die Stabilität Europas nach innen wie nach außen und ist daher auch im sicherheitspolitischen Interesse der heutigen Mitglieder. Die Erfahrung zeigt, dass die NATO-Mitgliedschaft das Unsicherheitsgefühl mittel- und osteuropäischer Staaten besänftigt und so deren politische Konsolidierung im Inneren ermöglicht hat. Unabhängige Studien belegen, dass der Prozess des NATO-Beitritts sogar zu nachhaltigeren und tief greifenderen politischen Reformen führt als der Prozess des EU-Beitritts. Auch aus diesem Blickwinkel betrachtet ist es also kein Zufall, dass die NATO-Mitgliedschaft für viele Staaten Voraussetzung und zugleich *fast track* für die EU-Mitgliedschaft war – und so erheblich zur weiteren politischen Einigung und Festigung des Kontinents beigetragen hat. Das hat auch positive Auswirkungen auf die Außenbeziehungen der neuen Mitglieder. So hat sich beispielsweise das Verhältnis der baltischen Staaten zum Nachbar Russland nach ihrer Aufnahme in die NATO nachweislich entspannt. Die Sicherheitsgarantie der NATO lässt ihre Mitglieder gelassener und konstruktiver mit Staaten umgehen, die eine potentielle Bedrohung darstellen.

Aus Sicht der Befürworter der Erweiterung sind daher alle Bedenken der Skeptiker, die oben in den ersten fünf Argumenten zusammengefasst wurden, unbegründet. Sie wurden in ähnlicher Form schon seit den 1990er Jahren vorgebracht, damals gegen andere Aspiranten gerichtet. Auch damals wurde der Mehrwert neuer Mitglieder bezweifelt, wurden individuelle politische Schwächen beklagt und die Erosion des Bündnisses befürchtet. Nichts davon hat sich bewahrheitet oder als gravierendes Problem erwiesen. Im Gegenteil, die Erweiterung der NATO war der entscheidende Schritt zum von US-Präsident George H.W. Bush schon 1989 propagierten *Europe whole and free* und hat damit der NATO in einer Phase, als sie schon als Relikt des Kalten Krieges galt, neuen Sinn gestiftet. Damals wie heute rufen die Befürworter den Skeptikern zu: Mehr Mut!

Drittens gibt es neben dem moralischen und dem strategischen noch ein taktisches Argument, das insbesondere von den Russland-Kritikern in der Allianz vorgebracht wird: Die Bündnispartner sind sich einig, dass Russland kein Veto über Entscheidungen der NATO zugestanden werden darf. Daher müsse nun auch der Eindruck vermieden werden, die NATO zögere mit der Aufnahme weiterer Mitglieder, um russische Empfindlichkeiten zu schonen (auch wenn andere Begründungen „vorgeschoben“ werden). Dies sei gleichbedeutend mit einem indirekten Veto Moskaus, das nur durch eine konsequente Erweiterungspolitik ausgeschlossen werden könne.

III. DIE EMPFEHLUNGEN

Wie soll sich die deutsche Politik angesichts dieses verfahrenen Konflikts, der – mit einem Wort eines deutschen NATO-Offiziellen – das gesamte Bündnis „durchseucht“, positionieren? Dazu lassen sich sieben Empfehlungen formulieren, die sich wechselseitig ergänzen und verstärken; in ihrem Zusammenspiel können sie zu dem Ziel führen, einen offenen Streit in der NATO zu vermeiden, ohne dass Deutschland seine Überzeugungen aufgeben oder als Blockierer oder gar Spalter auftreten muss.

Erstens muss unter deutschen Entscheidungsträgern ein Bewusstsein für die Problemlage geschaffen werden. Nicht überall wird gesehen, welches Spaltpotential das Erweiterungsthema in sich trägt – und wie stark es schon in kurzer Zeit auf die Agenda drängen wird. Es wird nicht genügen, sich auf den Sprechzetteln für den Gipfel in Bukarest 2008 auszuruhen, denn ohne Kompromissbereitschaft oder neue Ideen droht dem Bündnis ein verbissener öffentlicher Streit. Die Folge wäre nicht nur wachsender Zweifel an der (sicherheits-)politischen Handlungsfähigkeit der NATO, sondern auch die Verschlechterung bilateraler Beziehungen Deutschlands zu Befürwortern der Erweiterung – insbesondere den USA und den Staaten Mittel- und Osteuropas – sowie den Aspiranten selbst.

Zweitens sollte sich Deutschland dafür einsetzen, dass über die Aufnahme neuer Mitglieder nicht aufgrund gefühligter Identifikation mit den Sorgen der Kandidaten entschieden wird, sondern der Nutzen („*added value*“) für die Allianz als Ganzes der Maßstab bleibt. Genau das ist die bisherige Strategie der Bundesregierung. Problematisch ist allerdings, dass es keine Einigkeit darüber gibt, was der NATO entscheidend nützt: Ist die Aufnahme neuer Mitglieder nicht in sich schon eine geostrategische Stabilisierungsmaßnahme zum Vorteil des Westens insgesamt? Und ist ein Staat wie Georgien, der im Verhältnis zu seiner Bevölkerungsstärke zwischenzeitlich der größte Truppensteller der ISAF war, nicht eindeutig von Nutzen für eine NATO, die sich zuletzt vor allem über ihre Missionen definiert hat? Nimmt man jedoch die derzeitige politische Stabilität der Aspiranten oder ihre absolute militärische Schlagkraft als Bezugspunkt, gelangt man zu anderen Antworten.

Diese Ambivalenz kann nur aufgelöst werden, indem die Bündnispartner größere Klarheit darüber schaffen, wie die NATO der nahen Zukunft – die NATO nach der alles bestimmenden Kampfmission in Afghanistan – aussehen soll. Was werden ihre Aufgaben sein, und welche Anpassungsleistungen sind daher zu erbringen? Die Antwort auf diese Frage wird auch erkennen lassen, ob die Aspiranten einen Mehrwert schaffen oder nicht. An dieser fundamentalen strategi-



schen Diskussion beteiligt sich Deutschland bislang jedoch zu wenig und vergibt sich daher Gestaltungschancen – auch mit Blick auf die Erweiterungsproblematik.

Drittens sollte Deutschland daran erinnern, dass sich das Bündnis schon einmal einen Kriterienkatalog und Leitfaden geschaffen hat, nach dem die Beitrittswünsche einzelner Staaten beurteilt werden können: die *Study on Enlargement* vom September 1995. Es wäre ratsam, für eine Aktualisierung dieses Dokumentes einzutreten, das dann auch eine Evaluation der seit 1999 gemachten Erweiterungsschritte beinhalten müsste. Diese Maßnahme würde den Streit über die Erweiterung zwar eher anfachen als entschärfen, aber er würde in die praktisch unsichtbare Gremienarbeit zurückgedrängt. Und im Ergebnis könnte auf diesem Wege, ähnlich wie zuletzt im Zuge der *Defense and Deterrence Posture Review*, eine neue Verbindlichkeit geschaffen werden, die es einzelnen Staaten schwermacht, abweichende Position zu beziehen.

Viertens sollte Deutschland bei seiner Haltung bleiben, die Beitrittskandidaten nicht als Dreier- oder Vierergruppe zu sehen, sondern einzeln zu beurteilen. Nur so kann der tatsächliche Nutzen, den jeder Aspirant der Allianz bietet, fair bewertet werden. Außerdem ermöglicht die einzelne Betrachtung viel mehr Spielraum für Kompromisse. Das gilt umgekehrt auch für den Umgang der Bündnispartner mit einander: Genau genommen stehen sich in den Erweiterungsverhandlungen nicht zwei Gruppen („Befürworter“ und „Skeptiker“) gegenüber, sondern einzelne Staaten mit unterschiedlichen Agenden und Vorbehalten. Auch das eröffnet Möglichkeiten für diplomatisches Geben und Nehmen.

Fünftens ist unter den vier Bewerbern Mazedonien eindeutig der überzeugendste. Wäre nicht der Namensstreit mit Griechenland, stünde einer zügigen Aufnahme nichts entgegen. Deutschland sollte sich daher besonders stark dafür machen, gemeinsam mit den USA Wege zu finden, Griechenland die Zustimmung abzurufen oder zu versüßen. Es wäre erstaunlich, sollte der ernsthafte und konzertierte Druck/Anreiz der Führungsmacht der NATO und der Führungsmacht der EU bei der griechischen Regierung keine Wirkung zeigen. Deutschland würde durch eine solche Initiative den Eindruck vermeiden, es lehne derzeit prinzipiell und ungeachtet ihrer Meriten die Aufnahme neuer Mitglieder in die NATO ab.

Sechstens sollte Deutschland seine gegenwärtige Blockade aufgeben und der Erteilung eines *Membership Action Plans* an Georgien zustimmen. Der MAP hat durch den Streit der vergangenen Jahre eine erhebliche politische Bedeutung erlangt, so dass dies ein großes Zugeständnis Deutschlands und ein wichtiger Beitrag zur Entspannung wäre. Zugleich gilt aber, dass der MAP ein ergebnisoffener Prozess ohne zeitliche Festlegung ist – die Mitgliedschaft Georgiens wird durch den MAP keinesfalls zum Selbstläufer. Im Gegenteil könnte Deutschland die Überprüfungszyklen des MAP nutzen, seine gut begründeten Zweifel an der Beitrittsreife Georgiens auf den Punkt zu bringen und wäre darin durch sein Entgegenkommen bei der Erteilung des MAP sogar gestärkt.

Wird Georgien 2014 kein MAP erteilt, wächst zudem die Gefahr, dass dieses Überprüfungs- und Reform-Instrument marginalisiert wird. Denn ungeduldige Befürworter der Erweiterung weisen schon jetzt darauf hin, dass es keine zwingende Voraussetzung für den Beitritt ist, den MAP zu absolvieren. Es wird also im Falle einer andauernden Blockade den Versuch geben, den MAP zu umgehen oder durch andere Verfahren zu ersetzen. Das ist nicht im deutschen Interesse, weil dadurch die strukturierte Vergleichbarkeit und Steuerungsfähigkeit des Beitrittsverfahrens einer politisierten „Zufälligkeit“ weichen würde.

Siebtens muss Deutschland von seinen Bündnispartnern und den Beitrittskandidaten strategische Geduld einfordern. Das wird erheblich überzeugender gelingen, wenn man sich für Mazedonien stark gemacht und Georgien den MAP erteilt hat. Dann hat Deutschland seine grundsätzliche Offenheit für neue Mitglieder nach Artikel X des NATO-Vertrages nicht nur behauptet, sondern durch Taten unterstrichen. Aus dieser Position wird es leichter fallen, den Eifer der Befürworter zu zähmen und auf die Langfristigkeit des Reform- und Anpassungsprozesses zu bestehen. Im Gegenzug muss Deutschland symbolische Politik wie die unverhältnismäßig häufigen Reisen des Nordatlantikrates nach Tiflis tolerieren. Das ist der Preis einer Verzögerungsstrategie, die den Grundkonflikt in der NATO nicht lösen kann, ihn aber effektiv eindämmt und so die Spielräume für langfristige Planung ebenso fördert wie die Konzentration auf die anderen unbewältigten und aus deutscher Sicht drängenderen Aufgaben des Bündnisses.